



//ow-on cookie abfragen

Diese Seite drucken

Bilder ein-/ausblenden

Augsburg Allgemeine

[Startseite](#) [Lokales \(Neuburg\)](#) [Für Klimaschutz vor Ort aktiv werden](#)

08. Februar 2016 00:37 Uhr

UMWELT

Für Klimaschutz vor Ort aktiv werden

Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter berichtete von ihren Erkenntnissen bei der Klimakonferenz in Paris. Was die Linke-Politikerin fordert



Aus erster Hand erfuhr der offene linke Gesprächskreis beim jüngsten Treffen von der Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter aus Ingolstadt die Ergebnisse der Verhandlungen in Paris. Die Ingolstädterin war dort Teilnehmerin zahlreicher Klimakonferenzen. Ihren Ausführungen folgte eine Diskussion.

Im Mittelpunkt ihres Vortrags standen vor allem die daraus folgenden Notwendigkeiten für Deutschland und wie konkret die Bevölkerung bei der Umsetzung, auch vor Ort, aktiv werden könnte. Das Abkommen von Paris könne historisch werden, doch die Arbeit fange jetzt erst richtig an, so die Abgeordnete.

Es gebe nun einen globalen Rahmen, der den Wandel unterstützen könne, auch wenn sich viele ein wesentlich weitreichenderes Abkommen gewünscht hätten.

Trotzdem sei das Abkommen bedeutungsvoll, weil sich die Staatenwelt zum ersten Mal im Konsens darauf geeinigt hat, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten. Zum ersten Mal werden im Vertrag konkrete Zahlen dazu genannt, wie viel Treibhausgas die Menschheit noch ausstoßen darf. Es müsse jedoch auch gesehen

werden, dass die derzeitige Summe der Selbstverpflichtungen der Staaten zu gering sei, sie würde zu einer Erwärmung von über drei Grad führen. „Es wird sich erst noch zeigen, ob der Mechanismus, der mit seinen Überprüfungen und Zielverschärfungen für immer mehr Ehrgeiz sorgen soll, tatsächlich etwas taugt“, so Bulling-Schröter.

„Ähnlich wie wir von den Linken werden künftig Menschen überall auf der Welt den Mächtigen bei jeder Gelegenheit diese Deklaration um die Ohren schlagen, darauf können Sie sich verlassen!“, ist sich die Referentin sicher. Positiv müsse beurteilt werden, dass das Abkommen von Paris eine Zäsur setze, weil sich zum ersten Mal das 1,5-Grad-Limit in einem Vertrag findet – „Leider aber nur in abgeschwächter Form“ – und das dürfe nicht nur symbolisch gemeint sein, sondern es müsse jetzt gehandelt werden um ein Überschreiten dieser roten Linie zu verhindern. Wer mit Klimazeugen aus Afrika oder Asien spreche, der würde wissen: „Das sind nicht nur abstrakte Zahlenspiele, sondern es geht hier in der Tat um Leben und Tod.“

Breite Zustimmung gab es zu der Aussage: „Klimaschutz wird nicht einfach von oben verordnet, sondern von unten erkämpft und gelebt.“ Dabei denke Bulling-Schröter unter anderem an symbolische Baggerbesetzungen, an Millionen von Bürgerenergieanlagen und an den jahrzehntelangen Kampf der verschiedensten nichtstaatlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen gegen die Interessen von Großkonzernen. Es seien aber auch kluge Gesetze wie das EEG, die einen Technologiewandel in eine erneuerbare Welt erst möglich machen. Doch ohne diesen Wandel von unten, der sich noch verstärken müsse, sei Klimaschutz zweifellos undenkbar.

Auf keinen Fall dürften dabei CCS – die CO₂-Abscheidung und Speicherung zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und Einlagerung in unterirdische Lagerstätten – neue Atomkraftwerke und andere falsche Lösungen eine Rolle spielen. „Gerade, weil auf internationaler Ebene echte Verbindlichkeiten nicht zu machen sind, brauchen wir in Deutschland ein Klimaschutzgesetz, Klimaschutzziele müssen verbindlich sein!“

Die anschließende lebhafte Diskussion beschäftigte sich auch mit der Forderung der Linken nach einem Kohleausstiegsgesetz, damit bis 2035 der letzte Meiler vom Netz gehe. Es dürfe auch keine KfW-Kredite mehr für neue Kohlekraftwerke im Ausland geben. Es gab Übereinstimmung in der Forderung nach mehr dezentralen Energien und an der Kritik, dass die Bundesregierung Bürgerenergien zurückdränge.

Eva Bulling-Schröter, die Umwelt- und Energiepolitikerin der Linken, verwies abschließend auf die Unsinnigkeit der vielen Monstertrassen, die bei mehr dezentraler Energie zum Großteil überflüssig werden könnten, doch dies bedürfe weiterhin einer kritischen und aktiven Beteiligung der Bevölkerung vor Ort. (nr)

